



**Geschäftsführung  
Stadtentwicklungsausschuss**

Ansprechpartner: Frau Weber

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: simone.weber@stadt-koeln.de

Datum: 28.10.2008

## **Auszug**

### **aus dem Entwurf der Niederschrift der 44. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 23.10.2008**

öffentlich

**6.5 Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn  
hier: Ausbau und Neugestaltung des Breslauer Platzes  
4190/2008**

RM Sterck merkt folgende Punkte an:

1. Unter Bezugnahme auf Punkt 2 des Beschlussvorschlages und die dort geforderte Zustimmung der Behindertenverbände erscheint es RM Sterck fraglich, ob die in der Beschreibung der Planung dargestellte Umsteigebeziehung überhaupt genutzt werde, da sowohl am Rathaus, als auch am Ebertplatz Umsteigemöglichkeiten am selben Bahnsteig bestünden.
2. Mit Blick auf das laufende Workshopverfahren erachtet RM Sterck die unter Punkt 5 des Beschlussvorschlages angeführte Festlegung bezüglich der Kurzzeitparkplätze als zu verfrüht.
3. Da die massiven Fußgängerbeziehungen – insbesondere durch die Schüler des Ursulinengymnasiums – auf der Westseite der Johannisstraße stattfinden, sollte der westliche Fußgängerweg verbreitert und der auf der Ostseite geschmälert werden.
4. Es sei zu diskutieren, wie die Radfahrstation attraktiver gestaltet werden könne; eine entsprechende Initiative kündigt er für den Verkehrsausschuss an.
5. Weiterhin bittet RM Sterck die Verwaltung, alle Möglichkeiten auszunutzen, um den Prozess zur Wiederherstellung des Breslauer Platzes zu beschleunigen.

Beigeordneter Streitberger geht auf die Anmerkungen ein. Dabei stellt er dar, dass sich die Verwaltung mit den Behindertenverbänden auf einer sehr guten Gesprächsebene befinde. Die im Beschlusstext aufgeführte Voraussetzung der Zustimmung durch die Behindertenverbände erachte er nicht als problematisch sondern eher als Formalie. Mit Verweis auf die zweite Anmerkung von RM Sterck ersucht der Beigeordnete den Ausschuss, dieser Formulierung im Beschlussvorschlag zuzustimmen, da die DB hiervon einiges abhängig mache. Die Anregung zur Fußwegesituation in der Johannisstraße werde die Verwaltung prüfen. Zum Zeitplan erklärt Herr Streitberger, dass die Verwaltung mit der KVB hart verhandelt.

RM Dr. Bürgermeister unterstützt das Ansinnen von RM Sterck dahingehend, dass bei der Stellplatzfrage eine gewisse Flexibilität erhalten bleiben sollte. Sie regt an, den Beschlusstext entsprechend zu ändern. Zudem bittet sie den Beigeordneten um konkrete Auskünfte zu der Anzahl der bisherigen bzw. zukünftigen Stellplätze. Überdies fragt Frau Dr. Bürgermeister an, ob es zutreffend sei, dass die geplante Brunnenanlage vergrößert werden solle bzw. ob dies sinnvoll sei.

RM Moritz spricht sich mit Blick auf mobilitätseingeschränkte Menschen nicht für hohe Bordsteinkanten, sondern für die Verwendung von taktilen Elementen und ebenerdige Übergänge aus. Zudem erachte sie die Einrichtung von Taxiein- und -ausstiegsplätzen zur Erreichung einer größeren Attraktivität als erstrebenswert.

Vorsitzender Klipper schließt sich der Einrichtung von Taxiein- und -ausstiegsplätzen an beiden Ausgängen an.

Sachkundiger Einwohner Soénius befürwortet die Einrichtung von Kiss-and-Ride-Plätzen nicht zwischen Johannis- und Altenbergerstraße, sondern näher am Bahnhof. Weiterhin geht er von einem im Verhältnis zum Bestand erhöhten Bedarf an Taxiplätzen aus und hält ebenfalls das Vorsehen von Taxiein- und -ausstiegsplätzen für erforderlich.

Beigeordneter Streitberger berichtet, dass das Verhandlungsergebnis mit der DB zu einer Erhöhung von 40 auf 62 Stellplätze geführt habe. Nach seiner Auffassung sollte der Brunnen in seiner Größe etwas großzügiger sein als in dem Planungsentwurf. Die Fläche des Brunnens könne begangen werden, sofern der Brunnen nicht in Betrieb sei. Die geplante Fläche selbst sei nicht eben, sondern zur Maximinenstraße leicht ansteigend. Taktile Elemente, welche sich auf Wunsch der Blindenverbände auf der Gehwegseite befinden sollen, würden eingebaut, so der Beigeordnete. Gegen Taxiein- und -ausstiegsplätze wehre er sich, da es seiner Auffassung schwierig sei, Taxifahrer entsprechend zu disziplinieren. Weiterhin teilt Herr Streitberger mit, dass nach seiner Einschätzung Kiss-and-Ride-Plätze in der Tiefgarage nicht funktionieren werden. Deshalb würden die Kurzzeitparkplätze in der Maximinenstraße als Kiss-and-Ride-Plätze fungieren. Es sei wichtig, die unterschiedlichen Verkehre auseinander zu halten, was zwar nicht für jeden Einzelnen, jedoch in der Gesamtschau das Optimale sei. Die Anzahl der geplanten Taxiplätze sei mit dem Taxiruf abgestimmt, so der Beigeordnete.

Auf Bitte von RM Moritz sagt der Beigeordnete zu, mit der Behindertenbeauftragten der Stadt Köln über die Gestaltung der Markierungen für Blinde und Sehbehinderte zu sprechen.

Als Kompromiss zu dem Thema DB-Kurzzeitparkplätze schlägt Beigeordneter Streitberger vor, den Punkt 5 des Beschlussvorschlages um die Ergänzung *...oder an einem anderen mit der DB abgestimmten Platz...* zu erweitern. Über den Beschlussvorschlag in der so geänderten Form lässt der Vorsitzende abstimmen.

## **geänderter Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Ausführungs- und Gestaltungsplanung des Breslauer Platzes zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung,

1. die notwendigen Abstimmungen mit der KVB fortzuführen, mit dem Ziel, den Ausbau der Verkehrsflächen (Maximinenstraße, nördliche Nebenanlagen und Kreisverkehr Johannisstraße/Goldgasse) im Rahmen der Maßnahme Nord-Süd Stadtbahn ab November 2008 - 2010 durchzuführen. Die Materialien aus dem Gestaltungskonzept sollen dabei verwendet werden.
2. zu prüfen, ob auf eine Signalisierung an den Fußgängerüberwegen Domstraße und Altenberger Straße verzichtet werden kann. Voraussetzung ist eine Zustimmung der Behindertenverbände.
3. die Umsetzung einer Wasserdüsen-/Brunnenanlage auf der zentralen Platzfläche weiter zu verfolgen und die Planungen den Gremien des Rates vorzulegen.
4. die Umgestaltung der Platzflächen nach Abschluss der Stadtbahnmaßnahme durchzuführen.
5. die erforderlichen Vereinbarungen mit der Bahn AG abzuschließen, mit dem Ziel, die DB-Kurzzeitparkplätze auf dem Gelände unter den Gleisanlagen und Teilen des ehemaligen Ämtergebäudes **oder an einem anderen mit der DB abgestimmten Platz** auszubauen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.